

Mülheim, den 23. Okt. 08

An die WDL Flugdienst GMBH
Lilienthalstraße 8
45470 Mülheim
z.Hd. Herrn Wüllenkemper

OFFENER BRIEF

Sehr geehrter Herr Wüllenkemper,

Sie haben erneut die Mülheimer Ratsmitglieder angeschrieben und zu einer Ratsentscheidung am 27. Nov. für Ihre geplante Wartungshalle für Airbusse im Bereich des Bebauungsplans H 17 aufgefordert. Sie schreiben "Die WDL fordert ein klares Ja oder Nein um zu entscheiden, am Standort zu verbleiben und zu erweitern, oder eben diesen zu verlassen". Das kann nur als Ultimatum und Drohung aufgefasst werden.

Bei allem Verständnis für möglichen Zeitdruck, unter dem Sie stehen bei einer Entscheidung zum evtl. Kauf von Flugzeugen, gibt es absolut keine Grundlage für eine Ratsentscheidung, wie Sie sie ultimativ fordern. Auch Sie wissen, dass mit dem Satzungsbeschluss eines Bebauungsplans keine Eigentumsverhältnisse geklärt werden. Sie wissen ferner, dass das fragliche Baufeld 1, um das es Ihnen geht, erst nach Rechtsgültigkeit des B-Plans europaweit ausgeschrieben werden muss. Wenn Sie also noch vor dem Satzungsbeschluss oder auch gleichzeitig eine grundsätzliche Entscheidung für Ihr Vorhaben "Werfthalle im Rahmen eines Werkflughafens" verlangen, fordern Sie in Wirklichkeit den Rat der Stadt Mülheim dazu auf, das EU-Vergaberecht offen und dokumentiert zu missachten.

Das, sehr geehrter Herr Wüllenkemper, kann nicht sein und darf nicht sein. Das können Sie auch nicht mit Ultimaten oder Drohungen bewirken. Deshalb fordern wir Sie auf, solches abzustellen und sich reiflich zu überlegen, ob Ihr Junktim "wenn keine solche Werkshalle, dann gänzliche Standortaufgabe" nicht übereilt war. Die WDL hat schließlich einen recht komfortablen langfristigen Erbbaupachtvertrag am Flughafen Essen/Mülheim und gegen ihre Luftschiffaktivitäten hat doch niemand etwas. Wenn aber deren Verlagerung etwa wegen Ihres China-Engagements ohnehin anstünde, wäre es nicht redlich, dies mit den Airbusplänen zu verknüpfen.

Unabhängig von der o.g. Unmöglichkeit, die von Ihnen gewünschte Ratsentscheidung noch in diesem Jahr zu fällen, möchten wir Sie auch daran erinnern, dass dies ohnehin nur möglich

wäre, wenn andere grundlegende Entscheidungen dem voraus gegangen wären, die die Zukunft des Fluglandesplatzes Essen/Mülheim betreffen. Es wäre Ihnen ja nicht gedient, wenn Sie Ihre Werkshallen im Bereich des H 17 am Flughafenrand bauen würden, die A 320 dort gewartet werden könnten, aber weder starten, noch landen dürften. Auch Ihnen ist schließlich bekannt, dass eine Ausweitung von Flugaktivitäten und Erweiterung von Genehmigungen nur im Einverständnis aller Flughafeneigentümer zu machen sein wird. Die ablehnende Haltung der Stadt Essen zu Ihren Airbusplänen ist Ihnen ebenfalls bekannt. Deshalb ist es unverständlich, wenn Sie von der Stadt Mülheim jetzt ultimativ eine schnelle Entscheidung verlangen, die diese zur Zeit weder fällen darf, noch auf Dauer auch umsetzen kann.

Sie beschweren sich und schreiben: "Populismus und parteipolitischer Eigennutz sind leider in der Diskussion um mein Projekt ein immer wiederkehrendes Thema, welches mich zum Spielball der Politik werden lässt. Das kann mein Unternehmen nicht länger hinnehmen. und die Entscheidung nicht weiterhin zum brisanten Wahlkampfthema hochgezüchtet wird."

Sehr geehrter Herr Wüllenkemper,
hier tragen Sie dick auf und verdrehen dabei Ursache und Wirkung. Nicht "die Politik", sondern Sie haben das Thema zur Unzeit nach vorne gebracht und mit dem erneuten Ultimatum auch nach dem Essener Nein und vor der Bearbeitung der Einwendungen von rekordverdächtigen 4500 Bürgern zum B-Plan H 17 den Versuch unternommen, die Mülheimer "Politik" zu einer schnellen Entscheidung zu Ihren Gunsten zu zwingen - an allen vorgeschriebenen Verfahrensregeln vorbei und ohne die notwendige Abstimmung mit Essen und dem Land NRW . Das ist auch "Eigennutz" und damit wurde eben nicht die WDL, sondern eher die Mülheimer CDU zum Spielball gemacht, woran Sie nicht gerade unbeteiligt sind.

Sie fordern in ihrem Brief ferner, "... dass sich die Politik endlich, unabhängig von Pro oder Contra, sachlich aufeinander zu bewegt." Das gleiche, sehr geehrter Herr Wüllenkemper, muss auch für Sie gelten. Ultimaten und Wegzugsdrohungen haben mit Sachlichkeit meist wenig zu tun. Die Sachlichkeit verlangt ferner, dass man keinen zweiten Schritt vor dem ersten tun sollte. Sie aber verlangen ultimativ eine Mülheimer Entscheidung für ihr Vorhaben, bei dem ganz entscheidende Voraussetzungen für die Machbarkeit nicht geklärt sind. So wie man sich keine Baugenehmigung für einen Hausbau besorgt, bevor nicht geklärt ist, ob der Untergrund das überhaupt zulässt, genauso wenig können Sie die Genehmigung für eine Airbuswartehalle bekommen, bevor nicht geklärt ist, ob und unter welchen flugrechtlichen Bedingungen diese großen Düsenflugzeuge überhaupt starten und landen dürften.

Aus all den Gründen heraus können wir Sie nur auffordern, Ihre Kampagnen einzustellen. Sie können vorläufig ohnehin nur ziel- und ergebnislos verlaufen, wirbeln aber jedes Mal viel Staub auf, der aber auch Ihnen nicht wirklich weiter helfen kann!

Unabhängig davon stehen wir Ihnen zu Gesprächen jederzeit bereit.

L. Reinhard, MBI-Fraktionssprecher